

SCHEIBENWISCHER

ZEITUNG FÜR GAU-ALGESHEIM UND DRUM'RUM



Bündnis 90 / Die Grünen
Ortsverband Gau-Algesheim

www.gruene-gau-algesheim.de

36. Ausgabe, August 2021

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

es ist Wahl. Und was für eine! Die Kanzlerin hat auf eine erneute Kandidatur verzichtet (etwas, was übrigens alle ihre männlichen Vorgänger nicht geschafft haben) und macht damit den Weg frei für einen Neustart. Aber in welche Richtung steuert unser Land? Klimakrise, die Folgen von Corona, um nur zwei Themen zu nennen: Es gibt unendlich viel zu tun. Den Mut dazu, klare Vorstellungen und Ideen, mit Annalena Baerbock, einer authentischen Kanzlerkandidatin, und mit Tabea Rößner, einer sehr erfahrenen Direktkandidatin für unseren Wahlkreis, das ist unser Grünes Politik-Angebot für Sie.

Nutzen Sie es, wählen Sie am 26. September Grün!

Bereit, weil ihr es seid.

Unsere Kandidatinnen zur Bundestagswahl 2021

Unsere Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock



Unsere Direktkandidatin Tabea Rößner



Die vergessene Natur

Warum Ausgleichsflächen für Baugebiete mehr sind als eine Vorschrift



Von Thorsten Fuisting (Mitglied Bau- und Umweltausschuss der Stadt)

In der VG Gau-Algesheim wurden in den vergangenen 20 Jahren mehr als 15 Bebauungspläne aufgestellt, bei denen jedoch häufig der naturschutzrechtliche Ausgleich für die Eingriffe offensichtlich „vergessen“ wurde, wie eine aktuelle Bestandsaufnahme der Grünen ergab.

Deshalb stellt sich die Frage: Wo bleibt das Gleichgewicht mit der Natur?

Angesichts der in den vergangenen Jahren immer zahlreicher und größer werdenden Baugebiete in der Verbandsgemeinde Gau-Algesheim hat es sich der Ortsverband der Grünen zur Aufgabe gemacht, sämtliche Bebauungspläne der vergangenen 20 Jahre in Bezug auf die vorgeschriebenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen einer ökologisch-fachlichen Überprüfung zu unterziehen.

Hintergrund ist die im Bundesnaturschutzgesetz festgeschriebene Verpflichtung, für Eingriffe in die Natur eine adäquate Kompensation vorzunehmen. Hierzu hat der Ortsverband der Grünen nach aufwendiger Recherche eine Übersicht erstellt, die im Rahmen von mehreren Ortsbegehungen entstanden ist und eine Bewertung der tatsächlich vorgefundenen ökologischen Bedingungen möglich macht. Hier ist dringender Handlungsbedarf zu erwarten.

Nach unserer und der allgemeinen Einschätzung und Erfahrung vieler Experten bestehen bei einer Reihe von Bebauungsplänen in der Tat erhebliche Vollzugsdefizite.

Noch vor Beginn der Brutzeit der Vögel im Frühjahr hat deshalb der Ortsverband der Grünen gemeinsam mit einem Experten für den regionalen

Natur- und Artenschutz eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation vorgenommen und in einer Übersicht dokumentiert.

Bei den Begehungen der über 100 einzelnen Flächen auf dem Gebiet der Verbandsgemeinde wurde offensichtlich, dass hier konkreter Handlungsbedarf besteht.

So zeigte sich bei der Erfassung der IST-Zustände oftmals, dass insbesondere die Ersatzflächen, die in der Verantwortung der jeweiligen Stadt bzw. Gemeinde liegen, vernachlässigt wurden und somit das ökologische Entwicklungsziel verfehlt wird.

Viel gravierender zu bewerten ist jedoch die mehrfache Feststellung, dass die im Bebauungsplan verpflichtend festgeschriebene Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen häufig ignoriert werden und dadurch eine naturschutzrechtliche Kompensation völlig ausbleibt. Getreu dem Motto: „Hauptsache erstmal bauen, die Natur kommt später dran“.

Deshalb werden die Grünen in den kommenden Wochen an die Bürgermeister*innen herantreten, die Ergebnisse im Detail vorstellen sowie die daraus abgeleiteten Empfehlungen für weitere Maßnahmen darlegen. Ziel dieser Initiative ist es, wenigstens die in den Bebauungsplänen vorgeschriebenen Mindestanforderungen für die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur Umsetzung zu bringen und somit einen kleinen Beitrag dazu zu leisten, dass das bestehende Ungleichgewicht zwischen Flächenverbrauch und Naturschutz gemindert wird.



„Ausgleichsfläche“ für die neue HEM-Tankstelle in Gau-Algesheim: verstreute Heuballen statt artenreicher Streuobstwiese.

Vielen Dank, ihr jungen Leute!

Corona und kein Ende: Was jetzt immer wichtiger wird



Von Joachim Cohausz, (1. Beigeordneter der Stadt Gau-Algesheim)

Was ist ein Inzidenzwert? Was ein mRNA-Impfstoff? Wir alle haben viel gelernt in den letzten anderthalb Jahren. Weil wir es mussten.

Corona war und ist in unserem Land die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Ich finde, wir haben in Deutschland viel richtig gemacht im Umgang damit. Manches hätte besser laufen können, natürlich. Aber wer macht keine Fehler, erst recht in so einer außergewöhnlichen Situation? Seien wir froh, dass nicht die lauten, rechtsextremen Schreier und die, die sich „Querdenker“ nennen (aber meist überhaupt nicht denken!) am Ruder waren. Und deshalb haben die Grünen, auch im Bundestag aus der Opposition heraus, die meisten Regelungen zu Corona mitgetragen. Das war verantwortlich, das war richtig.

In fast jeder Krise findet sich auch Gutes. Es gibt Untersuchungen, die zeigen, dass lediglich ein Prozent der Corona-Toten jünger als 50 Jahre alt ist. Für ganz junge, gesunde Menschen hat eine Infektion erst recht nicht den Schrecken wie für ältere. Und doch zeigten sie, die jungen Leute, was Solidarität ist. Monat für Monat. Ohne großes Murren und Motzen. Um die älteren Mitmenschen zu schützen, verzichteten sie. Auf den Kindergeburtstag, den Schulunterricht in der Klasse unter Freundinnen und Freunden, die Abi-Feier, den gemeinsamen Sport, die Uni-Partys. Es gibt Studierende, die kennen ihre Professoren nach zwei Semestern nur über Videoplattformen wie Zoom oder Teams. Ja, wir, die Älteren (und dazu gehöre ich mittlerweile), haben guten Grund, den jungen Leuten dankbar zu sein.

Aber Dankbarkeit reicht nicht. Corona wird nie ganz weg sein. Jetzt gilt es, die Zukunft in Angriff zu nehmen. Die Kinder, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die müssen jetzt in den Fokus. Das ist Generationengerechtigkeit. Dafür stehen wir Grüne.

Konkret bedeutet dies beispielsweise: Kindertagesstätten, Schulen, Sportvereinen, Universitäten muss ermöglicht werden, dass die „Präsenz“ wieder Normalität wird. Dazu müssen alle Anstrengungen unternommen werden. Wäre es nicht verrückt, wenn ausgerechnet wegen der Kosten auf Raumluftfilter in Schulen verzichtet würde? Nachdem für alles Mögliche Geld da war und die heutigen Schülerinnen und Schüler immer noch diejenigen sein werden, welche die Corona-bedingte Milliardenverschuldung des Staates werden bezahlen müssen? Nicht wenige Kinder und Jugendliche weisen nach einem kompletten „Corona-Schuljahr“ 2020/21 Bildungsdefizite auf. Wir können und dürfen das nicht mit einem Schulterzucken abtun. Individuelle Förderung der Kinder, generell deutlich höhere Investitionen im Bildungsbereich, dafür werden Grüne sorgen.

Und, liebe erwachsene Mitbürgerinnen und Mitbürger: Für Kinder unter zwölf Jahren gibt es noch keinen zugelassenen Impfstoff. Damit nicht wieder Schulen und Kindergärten geschlossen werden müssen, sind die Kinder darauf angewiesen, dass es generell möglichst wenige Infektionen gibt. Dafür müssen wir Älteren sorgen. Indem wir uns impfen lassen. Das ist der einzige Weg zu einer gewissen Normalität. Und deshalb sprechen wir Grüne uns so deutlich für das Impfen aus. Wir verkennen nicht, dass auch der schützende Pils gegen Corona (ganz geringe) Risiken hat. Aber was wäre die Alternative? Solidarität erfordert manchmal auch ein bisschen persönlichen Mut.

Und ganz zum Schluss eine Bitte: Ich höre als für die Jugend zuständiger Beigeordneter in jüngster Zeit öfter Beschwerden über junge Leute, die abends irgendwo in der Stadt zusammensitzen und es dabei auch ein bisschen laut wird. Klar, das kann stören. Aber ich finde, jetzt ist es an der Zeit, ein Auge zuzudrücken. Bitte seien Sie nachsichtig und lassen sie die jungen Leute nach Monaten des Verzichts auch mal einfach das Leben in ihrer Gemeinschaft genießen. Sie haben es sich verdient!

Bauland - Explosion in der VG Gau-Algesheim

Der „Betonparagraph“ und seine Folgen

Von Thorsten Fuisting (Mitglied Bau- und Umweltausschuss der Stadt)

Die aktuelle schwarz-rote Bundesregierung befeuert weiterhin den unkontrollierten Flächenverbrauch zu Lasten des Naturschutzes, die Grünen wehren sich dagegen.

Die Gemeinden der VG Gau-Algesheim nutzen die fehlgeleitete Gesetzgebung, um sich billiges Bauland zu verschaffen, für das es keine substantielle Nachfrage gibt.

Wenn aufmerksame Bürgerinnen und Bürger unserer Verbandsgemeinde die amtlichen Nachrichten der vergangenen zwei Jahre interessiert zurückverfolgen, werden sie erstaunt feststellen, dass nahezu jede Gemeinde sich aktuell geradezu ein Wettrennen um die Ausweisung von Baugebieten zu liefern scheint.

Mehr als zehn Bebauungspläne sind derzeit in der VG Gau-Algesheim in der Planungsphase und warten nur darauf, dass Baurecht geschaffen wird. Möglich macht dies der von unserem Bauminister Horst Seehofer vor mehr als vier Jahren eingeführte sogenannte „Betonparagraph“ 13b des Baugesetzbuches.

Während in der Vergangenheit für fast jede Flächennutzung in den Außengebieten eine ausführliche Umweltprüfung zur Erfassung und Bewertung des damit verbundenen erheblichen Eingriffs in die Natur durchgeführt werden musste, stellt sich die aktuelle Situation völlig anders dar.

Insbesondere die derzeit in der Planungsphase befindlichen Bebauungspläne in der VG Gau-Algesheim werden in der Regel im sogenannten „beschleunigten Verfahren“ nach §13b des Baugesetzbuches durchgeführt, wodurch auf die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung und die Beteiligung der Öffentlichkeit per Gesetz verzichtet werden kann.

Dies hat zur Folge, dass Umweltaspekte zum Flächenverbrauch, Klima, Wasser sowie in Bezug auf die Tier- und Pflanzenwelt nicht berücksichtigt werden müssen und auf Kompensationsmaßnahmen sogar gänzlich verzichtet werden kann.

Die dadurch stark geminderten Kosten für die Aufstellung der Bebauungspläne nutzen die

Gemeinden nun, um völlig überdimensionierte Baugebiete auszuweisen.

Die Verbandsgemeinde Gau-Algesheim ist die VG, die offensichtlich die Möglichkeiten des §13b BauGB am progressivsten nutzt.

Dieses mag aufgrund der Gesetzeslage zwar durchaus legal sein, wird dadurch aber noch lange nicht legitim und somit auch nicht tolerierbar.

Insbesondere nicht unter dem Eindruck des fortschreitenden Klimawandels und der Starkregenereignisse der vergangenen Wochen in Deutschland und Europa.

So bezieht auch die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen eindeutige Position:

„Das rücksichtslose Bauen im Außenbereich ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und ohne hinreichende Öffentlichkeitsbeteiligung ist ungeheuerlich. Der §13b bringt Flächenfraß ohne Sinn und Verstand - 73 Fußballfelder werden Tag für Tag versiegelt.

Wir setzen uns ... dafür ein, dass der § 13b des Baugesetzbuches nicht über das Jahr 2022 hinaus verlängert wird.

In diesem Sinne werden auch die Grünen in der VG Gau-Algesheim durch eine kritische Begleitung der einzelnen Verfahrensschritte alles daran setzen, dass sowohl die betroffenen Bürger*innen als auch die Belange der Natur Gehör finden.

Jedoch kommt es hier sehr stark auf die Unterstützung durch die Bürger*innen in den einzelnen Gemeinden an, denn letztendlich obliegt die Planungshoheit im Baurecht den jeweiligen Gemeinderäten.

Deshalb appelliert der Ortsverband der Grünen an alle Bürger*innen in den Ortsgemeinden der VG Gau-Algesheim, die in den kommenden Wochen anstehenden Planungsschritte durch Nachfragen in den Gemeinderäten und durch kritische Einwendungen während der für jedermann zugänglichen Offenlage der Bebauungspläne im Sinne des Naturschutzes in die richtige Richtung zu lenken.

Gemeinsam sind wir stark und stärken die Belange der Natur!

Wenn die Windschutzscheibe immer schön sauber bleibt

Verlust an Biodiversität muss zusammen mit der Klimakrise gelöst werden



Von Thomas Esch (Fraktionsvorsitzender im VG Rat)

Neben der Klimakrise muss die Bekämpfung des Artensterbens hohe Priorität für uns haben. Es gibt etwa 8 Millionen bekannte und noch unbekannte Arten auf unserem Planeten, von denen laut aktuellen Schätzungen des Weltbiodiversitätsrates eine Million vom Aussterben bedroht sind. In Deutschland hat es einen drastischen Insektenschwund gegeben – das wird jeder Autofahrer bestätigen können. Denn heute kann man lange Strecken fahren, ohne wie früher in regelmäßigen Abständen die Windschutzscheibe von Insektenüberresten säubern zu müssen. Zahlreiche Studien sprechen von einem Rückgang von etwa 70-80% der Masse der Fluginsekten.



Das Insektensterben wirkt sich auch auf die Vogelwelt aus. Vielen Vogelarten in Deutschland geht es schlecht. Mehr als die Hälfte aller etwa 259 Brutvogelarten ist in ihren Beständen gefährdet oder steht auf einer sogenannten Vorwarnliste. Deutschland hat in den letzten 25 Jahren etwa 14 Millionen Brutvögel verloren. Besonders dramatisch ist die Situation bei den Agrarvogelarten, so verzeichnen 70% einen Bestandsrückgang. Hier stehen Rebhühner und Kiebitze mit einem Bestandseinbruch von 90% kurz vor dem Aussterben. Deshalb sind Maßnahmen wie das Kiebitz Projekt an der Selz im Rahmen

der „Aktion Grün“ des Landes Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit der GNOR e.V. so wichtig. Gemeinsam mit Partnern aus Naturschutz und Landwirtschaft, Gesellschaft und Kommunen kann es gelingen, das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten aufzuhalten.

Das Bundesamt für Naturschutz schreibt in seinem Agrarreport von 2017: „Die Faktenlage ist eindeutig: Der Verlust der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft verläuft weiterhin ungebrems, sowohl auf Ebene der Arten als auch der Lebensräume. Dadurch werden auch zentrale Ökosystemleistungen in hohem Maße beeinträchtigt. Dies macht den dringenden agrarpolitischen Handlungsbedarf sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene deutlich...“

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Der Verlust an Biodiversität ist so dramatisch wie die Klimakrise. Das Artensterben gefährdet wie die Klimakrise unser Leben und das Leben kommender Generationen.

Die Umwelt zu schützen und zu erhalten, ist Voraussetzung für ein Leben in Würde und Freiheit. Sauberes Wasser und saubere Luft, Artenvielfalt und fruchtbare Böden sind notwendige Bedingungen für unsere Entfaltungsfreiheit und Emanzipation.

Eine Politik, welche die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, erhält die Möglichkeit zur Selbstbestimmung für uns und künftige Generationen.

Das 21. Jahrhundert ist das Zeitalter des Anthropozäns. Darin ist der Mensch zum entscheidenden Einflussfaktor dafür geworden, wie sich unsere Erde verändert.

Die Natur braucht uns nicht. Aber wir Menschen sind Teil der Natur und brauchen sie zum Überleben.

Wir wollen Verantwortung übernehmen, aber wir wissen, dass wir Ihre Unterstützung brauchen werden. Wir bitten Sie, sich einzubringen, einzumischen und laden Sie ein, mit uns voranzugehen. Mit gebündelter Kraft können wir gemeinsam vieles schaffen. Jetzt liegt es bei Ihnen. In Wahlen entscheidet eine Gesellschaft darüber, wer sie sein will. Wahlen sind ein Moment der Freiheit.

**Nutzen Sie ihn – für die Freiheit.
Beide Stimmen Grün.**

Vertane Chance für Menschenrechte und Nachhaltigkeit

Das Lieferkettengesetz unter dem Einfluss der Wirtschaftslobbyisten



Von Sabine Obitz (Fraktionsvorsitzende im Stadtrat)

Es wäre auch zu schön gewesen. Die Vorstellung, dass wir mit gutem Gewissen shoppen können, weil wir wissen, dass die Produkte ohne Kinder- oder Zwangsarbeit hergestellt und faire Löhne gezahlt wurden, unter Einhaltung sozialer und ökologischer Standards entlang der gesamten Lieferkette - also auch bis nach Bangladesch.

Es wurden große Hoffnungen in Bezug auf fairen Handel, Menschenrechte, Umweltschutz und Transparenz in das Lieferkettengesetz gesetzt. Neben allgemeingültigen Standards sollten Unternehmer auch für Schäden haftbar gemacht werden können. Nach langer Diskussion ist es jetzt verabschiedet worden und bleibt – nach massiver Einflussnahme der Wirtschaftslobbyisten weit hinter den Erwartungen zurück.

So beschränken sich die Sorgfaltspflichten für Beschäftigte in der Erzeugung und Verarbeitung lediglich auf die direkten Zulieferer und gilt erst für Unternehmen mit mehr als 3000 Angestellten. Auch die ökologischen Sorgfaltspflichten wurden erheblich reduziert.

Hier wird der nächste Bundestag, hoffentlich mit einer starken Grünen-Fraktion, erheblich nachbessern müssen.

Was können wir solange tun? Neben der richtigen Wahl können wir weiterhin bewusst einkaufen, fair, ökologisch, saisonal und regional!

Faire Schokolade – wo gibt's die?

Von Christiane Wolff (Für Bündnis 90/Die Grünen)

Was ist eigentlich faire Schokolade? Im Moment bieten sogar die großen Discounter Schokolade mit diesem Label an. Aber vielleicht gucken wir mal dahinter.

Die Hauptanbauggebiete von Kakao sind nicht in Mittelamerika, wo die Pflanze eigentlich heimisch ist, sondern in Westafrika, hauptsächlich Elfenbeinküste und Ghana. Die Schokolade wird zum größten Teil in Europa hergestellt - und Deutschland steht da sogar ganz vorne. Das bedeutet, dass lediglich der Anbau in diesen Ländern erfolgt, aber die Weiterverarbeitung und der Gewinn aus dem ganzen Prozess hier in Europa gemacht wird. Es gibt nur wenige erste Ansätze für die eigene Schokoladenproduktion z.B. in Ghana oder auch in Elfenbeinküste. Natürlich hat man in diesen Ländern auch besondere Herausforderungen beim Herstellungsprozess, in erster Linie das warme Klima, was zumindest für helle Schokoladen mit geringem Kakaoanteil (Vollmilch) kritisch ist.

Leider gibt es aber gerade in diesen westafrikanischen Ländern noch sehr viel Kinderarbeit, teilweise sogar Kinder-Zwangsarbeit, im Kakaoanbau. Und die Bauern können von ihrer Arbeit nicht leben.

Der Anteil an wirklich fair gehandeltem Kakao ist immer noch sehr gering. Es werden für die wenigen marktbeherrschenden Unternehmen immer nur die billigsten Rohstoffe eingekauft. Empfehlenswerte Label für Schokolade und andere Lebensmittel sind z. B. Gepa+, Naturland und Rapunzel HAND IN HAND.

Andere Anbieter wie Rainforest beschränken sich lediglich auf die Einhaltung ökologischer Standards.

Wenn ihr auf Nummer sicher gehen wollt, kauft ihr eure Schokolade am besten in unserem Weltladen in Gau-Algesheim ein. Hier ist garantiert alles fair gehandelt. Es lohnt sich in jedem Fall mal vorbeizuschauen und vielleicht das eine oder andere außer Schokolade zu entdecken.

Kleine Schritte zum großen Ziel

Klimaschutz für eine lebenswerte Zukunft



Von Dr. Peter Obitz (Beigeordneter der Verbandsgemeinde Gau-Algesheim)

Die letzten sehr trockenen Jahre und die grausamen Bilder der Hochwasserflut haben gezeigt, dass wir auch in Deutschland nicht mehr vor großen Naturkatastrophen in Folge der Klimaerwärmung sicher sind.

Wir können in Gau-Algesheim nicht die Welt retten. Aber auf Antrag der Grünen haben sowohl der Stadtrat als auch der Verbandsgemeinderat beschlossen, Klimaschutz als herausragende Zukunftsaufgabe anzunehmen und damit Klimaschutz auch auf der lokalen Ebene voranzutreiben.

In der Vergangenheit gab es zwar auch schon Klimaschutzprojekte, die meisten davon auf Initiative der Grünen, aber in Anbetracht der derzeitigen Katastrophen muss man rückwirkend sagen: zu halbherzig, zu langsam und zu spät. Viele Anträge der Grünen wurden jahrelang belächelt (Tempo 30) oder blockiert (Klimaschutzbeauftragter), bis sie dann endlich eine Mehrheit bekommen haben.

Immer noch wird regelmäßig der Grünen-Antrag von der VG Ratsmehrheit abgelehnt, der die Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung verursachergerecht gestalten soll und damit Anreize für die dringend benötigte Entsiegelung von Flächen schaffen könnte. Auch die Forderung der Grünen, Zisternen zur Regenwassernutzung

und Zwischenspeicherung bei Starkregenereignissen auf jedem neuen Baugrundstück vorzuschreiben, findet in den meisten Baugebieten der VG keine Anwendung, und ökologisch wertlose Steingärten sind fast überall noch zulässig. Genauso wenig hatte ein Grünen-Antrag Erfolg, Dachflächenbegrünungen voranzutreiben, die mittlerweile sogar auf Schrägdächern möglich sind und neben der Regenwasserspeicherung auch einen positiven Einfluss auf das Mikroklima haben.

Einige Forderungen der Grünen sind mittlerweile aber umgesetzt, es gibt einen Klimaschutzmanager und einen Fahrradbeauftragten, es gibt Förderungen für Photovoltaik-Anlagen, die auch für steckerfertige genehmigungsfreie Kleinanlagen („Balkonkraftwerke“) gezahlt wird, der Einbau von Zisternen wird ebenso gefördert wie Wallboxen für e-Autos oder die Anschaffung von Lastenrädern und auch die Hochwasserschutzmaßnahmen in der Vergangenheit wurden immer wieder mit Grüner Beteiligung vorangebracht.

Die steigenden Stimmenanteile in den Wahlen der letzten Jahre haben die Grünen eben stärker gemacht.

Die Grünen unterstützen die Arbeit des Klimaschutzbeauftragten und sind froh, dass die VG einen überparteilichen Arbeitskreis Klimaschutz ins Leben gerufen hat, der bereits eine Vielzahl an Klimaschutzmaßnahmen zusammengestellt hat, diese bewertet und priorisiert, und somit fundierte Entscheidungen des VG Rates ermöglicht.

Die jahrelange Erfahrung der Grünen mit ihren Kernthemen Umweltschutz und Klimaschutz macht eine Wahlentscheidung für die Grünen aber zu einem wichtigen Beitrag für eine lebenswerte Zukunft.

Wählen Sie Grün für das Original. Damit auch ambitionierte Ziele wie Klimaneutralität und Nullemissionsgemeinde eine Chance bekommen.

Ein Konzept auch für Gau-Algesheim



Der SCHEIBENWISCHER ist eine unregelmäßig erscheinende Zeitung des Ortsverbandes von Bündnis 90/ Die Grünen für die Bürgerinnen und Bürger der Verbandsgemeinde Gau-Algesheim.

Wenn Sie Interesse an unserer Politik haben, kommen Sie einfach zu einem unserer Treffen alle zwei Wochen donnerstags um 20 Uhr in Gau-Algesheim. Der genaue Termin steht jeweils im Amtsblatt. Weitere Informationen auch auf unserer Webseite: www.gruene-gau-algesheim.de und auch auf Facebook



Impressum

Redaktion: Joachim Cohausz, Thomas Sprenger

V.i.S.d.P.: Norbert Grabowski, Gau-Algesheim

Herausgeber: Bündnis 90 / Die Grünen, OV Gau-Algesheim

Spendenkonto: Die Grünen, IBAN: DE51560501800036006765